

Löchriges Verbot von Streubomben

Ungewöhnlicher britischer Druck auf die Vereinigten Staaten

Dank einer britischen Kehrtwendung haben sich 109 Staaten in Dublin auf ein Verbot von Streubomben einigen können. Wichtige militärische Grossmächte nahmen an der Konferenz aber nicht teil. Eine Verwässerung des Verbots ist deshalb möglich, aber auch ein Umdenken.

Mr. London, 29. Mai

An der Konferenz in der irischen Hauptstadt Dublin haben am Mittwochabend 109 Staaten ein Verbot von Streubomben im Lauf der nächsten acht Jahre beschlossen. Der britische Premierminister Brown hatte vor dem Ende der zehntägigen Verhandlungsrunde plötzlich gegen das eigene Verteidigungsministerium verfügt, dass sich Grossbritannien für ein generelles Verbot von Streubomben einsetze. Ohne diese ungewöhnliche britische Kehrtwendung gegen die USA wäre die Konferenz wohl hilflos geblieben. Denn die anderen wichtigsten Hersteller und Nutzer der Streubomben - die Vereinigten Staaten, Russland, China, Indien, Pakistan und Brasilien (als bedeutender Exporteur) - waren gegen ein Verbot und nahmen an der Konferenz gar nicht teil.

Hoffen auf die Langzeitwirkung

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und allen voran das Internationale Komitee vom Roten Kreuz begrüßten am Donnerstag die Entscheidung, die formell im Dezember in Oslo unterzeichnet werden soll. Wie bei den Antipersonenminen, die 1997 in Ottawa verboten wurden, bleibt vor allem die Hoffnung, dass die letztlich unverbindliche Entscheidung langsam auch die Regierungen mit Millionenbeständen an Streubomben von deren Einsatz abbringen könne. Die USA erklärten allerdings, dass die Sicherheit ihrer Soldaten nicht zuletzt bei humanitären Friedensmissionen auch von Streubomben abhängen, und drängten Grossbritannien zur Duldung ihrer Vorräte auf britischen (und deutschen) Basen, was Brown nun offenbar nicht mehr zugestehen will.

Gleichzeitig sollen aber auch auf amerikanischen Druck militärische Koalitionen mit Ländern, die Streubomben weiterhin einsetzen wollen, erlaubt bleiben, also etwa in der Nato. Ferner wird die Entwicklung von «intelligenten» Minibomben (sub-munitions) nicht geächtet. Grossbritannien hatte zunächst eine Ausnahmeregelung für seine von Helikoptern abgeschossenen M-73 und die M-85 der Artillerie gefordert. Die Schweiz hatte die M-85 (eine Gemeinschaftsentwicklung mit Israel) ebenfalls verteidigt, weil sie angeblich automatisch explodiert oder sich nach einer gewissen Zeit entschärft.

Ungelöstes Problem der Blindgänger

Aber die hohe Zahl von Blindgängern tötet, wie man aus Erfahrungen in Libanon und in insgesamt 30 Ländern weiss, lange nach Kriegshandlungen noch Zivilpersonen aus bis zu 25 Metern Entfernung. Kleine Bomben, von denen bei einem Abwurf oder Abschuss bis zu 200 zerstreut werden, können nicht auf Minenkarten eingetragen und damit regulär entschärft werden, da sie sich unkontrolliert über ein grosses Gebiet verteilen. Es gibt solche, die farbigen Getränkebüchsen oder Spielzeugen gleichen und deshalb gerne von Kindern aufgelesen werden.